

## **Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend**

Die erste Gründung der FDJ fand in Paris 1936 statt. Sie bildete sich aus dem Zusammenschluss von KJVD, SAJ und SJVD. Doch die Jugendverbände ließen ihren alten Jugendverband noch bestehen und hatten somit eine Doppelmitgliedschaft. Sie veröffentlichten eine politische Erklärung in einer Pariser Zeitung. 1938 brachte sie Programm und Statut heraus.

Mitte 1937 gaben sie eine Monatsschrift "Freie deutsche Jugend" heraus. Die FDJ baute in Paris eine Bibliothek von deutschen Schriften auf, die von den Hitlerfaschisten verboten und verbrannt wurden. Die FDJ'ler versuchten auch diese Schriften nach Deutschland einzuschleusen.

Zweidrittel der männlichen FDJ-Mitglieder aus Paris kämpften in den internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges gegen die faschistischen Aggressoren aus Deutschland und Italien. Die verbliebenen Mitglieder in Paris sammelten Geld das Volk in Spanien.

Die Aktivitäten der FDJ in Paris hatten auf die gesamte emigrierte Jugend aus Deutschland eine Ausstrahlung.

Die ersten Treffen zur Vereinigung der politischen Jugendverbände fanden Anfang 1935 in Prag statt. Alle vier Wochen trafen sich die Gruppenvorsitzenden. Am 8. Mai 1938 kam es auf einer Jugendkonferenz mit 85 Jugendfunktionäre (35 KJVD, 20 SAJ, 12 SJVD, 12 von jüdischen Jugendorganisationen und 6 von weiteren sozialdemokratischen Strömungen) zur Gründung der FDJ. Anders als in Paris gab es in Prag eine Doppelmitgliedschaft, was eher den Vorstellungen der Einheitsfrontpolitik entsprach. Der Vorschlag des KJVD, dass alle beteiligten Jugendverbände in der FDJ aufgehen, wurde abgelehnt. Der SPD-Parteivorstand, sowie die SJI um Ollenhauer, lehnten weiterhin die Vereinigung der antifaschistischen Jugend ab. Erst mit der Besetzung des Landes durch die Hitlerfaschisten gingen sie darauf ein. Die FDJ'ler waren gezwungen aus dem Land zu fliehen. 40 von ihnen gingen nach England.

In Großbritannien lebten 1939 25.000 Jugendliche unter 25 Jahren aus Deutschland. Die FDJ war in 23 Städten mit 600 Mitgliedern organisiert. Dort wurde die FDJ im Juni 1939 gegründet und auf dem Sommercamp 1939 verwendete die FDJ ihre Symbol der aufgehenden Sonne auf blauer Fahne zum ersten Mal. Die Mehrzahl der FDJ-Mitglieder in England waren Jugendliche jüdischen Glaubens.

Die FDJ-Mitglieder arbeiteten dort wo britische Arbeitskräfte für die britische Armee abgezogen waren oder arbeiteten in der Rüstungsindustrie.

Ab 1943 konnten auch Emigranten in die britische Armee sich melden. 160 Mitglieder der FDJ meldeten sich freiwillig für die britische Armee, wurden ausgebildet und kämpften später in der zweiten Front gegen die Hitlerfaschisten.

Bis 1943 gab die FDJ ihre Zeitung "Freie deutsche Jugend" heraus.

Dann wurde eine gemeinsame Zeitung von FDJ und KPD, die "Freie Tribüne - Freie Deutsche Jugend", herausgebracht, die den Zusammenschluss aller deutschen Emigranten gegen den Krieg propagierte.

Die Zeitung "Freie Tribüne - Freie Deutsche Jugend" hatte einen wesentlich größeren Umfang und Verbreitung. Sie war die allgemein anerkannte Zeitung deutschen Emigranten und wurde auch in anderen Exilländern vertrieben. Im Sommer 1946 erschien ihre letzte Nummer.

Die FDJ führte in England jährlich eine Landeskonferenzen durch, auf der die politischen Aufgaben festgelegt wurden. Der Vorsitzende der FDJ in England, Horst Brasch, beschrieb die Situation so:

... 1946 beschloss die FDJ in England auf ihrer 6.Landeskonferenz sich der FDJ in Deutschland anzuschließen. 200 von ihnen gingen nach Deutschland, die meisten in die sowjetische Zone, zurück. Das zweite Drittel blieb in England und das letzte Drittel emigrierte in andere Staaten.

## **Aufbau der FDJ in den Westzonen nach dem II. Weltkrieg**

Nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus gründeten die FDJ-Exilmitglieder (mehrheitlich aus England und Frankreich), durch Zusammenschluss mit anderen Jugendverbänden, in der sowjetischen Zone örtliche, antifaschistische Jugendausschüsse. Sie machten sich zur Aufgabe die Nazis aus den öffentlichen Ämtern und Führungspositionen hinauszujagen, die Enteignung der Kriegsverbrecher zu erreichen, sowie die Verhinderung der Reorganisation der Kriegarmee auf deutschen Boden.

Die politischen Bedingungen zwischen der sowjetischen Zone und den Westzonen waren sehr verschieden: In der sowjetisch kontrollierten Zone erhielten die antifaschistischen Jugendausschüsse die vollkommene

politische Freiheit und wurden angehalten einen zentralen antifaschistischen, revolutionären Jugendverband - die FDJ - herauszubilden.

In den Westzonen hingegen wurde die antifaschistische Arbeit von Anfang an eingeschränkt bzw. verboten. Die FDJ-Organisationen wurden in den drei Westzonen von den Alliierten unterschiedlich behandelt. 1945/46 waren, wenn, dann nur örtliche Gruppen zugelassen. 1947 wurden die ersten FDJ-Landesverbände in der amerikanischen Zone legitimiert. Der Vorschlag, erst antifaschistische Jugendausschüsse flächendeckend in den Westzonen zu bilden, finden bei der Jugend keinen Anklang. Es wurden 1945 Jugendvereinigungen mit regional unterschiedlichen Namen gegründet und auf Drängen der Exil - FDJ'ler gab es schon 1945 die ersten FDJ-Gruppen. In Hamburg kam es im November 1945 zur ersten Zulassung der FDJ in Deutschland.

Noch im Jahr 1945 hielten bestimmte Strömungen in der SPD ihre Jugendliche ab, in Jugendvereinigungen beizutreten, in denen Kommunisten bzw. FDJ'ler vertreten waren. 1946 wurden sie explizit aufgefordert aus diesen Jugendvereinigungen auszutreten. Frühjahr 1946 wurden von der SPD die Falken gegen die FDJ gegründet.

### FDJ in Hamburg

In allen Stadtteilen Hamburgs bildeten sich im Mai 1945 Jugendgruppen; sozialdemokratische und kommunistische Jugendliche organisierten "Stubenversammlungen". Das erste große Treffen fand zur Sonnenwendfeier 1945 statt. Dort gab es die ersten Gruppen, die sich FDJ nannten. 130 Jugendliche waren dort versammelt. Sie verbrannten symbolisch die HJ-Zeichen. Dieses Treffen war die eigentliche Geburtsstunde der FDJ in Deutschland. Sie war umstritten, die KPD favorisierte, wie in der sowjetischen Zone, zuerst die Bildung von antifaschistischen Jugendausschüssen und dann auf größerer Ebene die Gründung der FDJ. Diese Gründung hing aber zusammen mit dem engen Kontakt mit der Exiljugend in London, die nach der Befreiung Hamburgs wieder dorthin zogen und begeistert von den Erfahrungen aus der Emigration berichteten. Von England ist auch das Symbol der aufgehenden Sonne übernommen worden. Gerd Moos ist wohl der bekannteste, der in britischer Uniform auf Veranstaltungen in Hamburg teilnahm. Zulassungsanträge der FDJ wurde vorerst von der britischen Militärregierung nicht beachtet, auch bekam die FDJ keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Noch vor der Zulassung gab die FDJ ein Mitteilungsblatt für Mitglieder heraus mit dem Titel: "Jugend baut auf!"

Am 29.11.45 wurde die FDJ in Hamburg von der Militärregierung offiziell zugelassen. In ihren Grundsätzen stand das Verbot der parteipolitischen Betätigung innerhalb der FDJ. Ein zuwiderhandeln wurde mit Ausschluss geahndet. Dies sollte die eigenständige Arbeit der FDJ absichern. Die FDJ in Hamburg war 1945/46, mit über 1200 Mitglieder, der größte Jugendverband nach den konfessionellen Jugendorganisationen.

Die FDJ in Hamburg baute Kontakte zu den Gewerkschaften auf.

Sie wendete sich an den Metallarbeiterverband und bat um Fachreferenten für Jugendschulungsabende. Die FDJ bekam auch die Möglichkeit in Großbetrieben weltanschauliche Schulungen während der Arbeitszeit mit Jungarbeiter durchzuführen. Die Gewerkschaftsführung reagierte distanziert auf die FDJ. Die FDJ brachte in den folgenden Jahren Entwürfe von Jugendschutz- oder Arbeitszeitgesetze gegenüber den Gewerkschaften ein, die dort diskutiert wurden - die Gewerkschaften diese Entwürfe aber immer wieder abschwächten. Während der Bundesjugendring und die Falken auf die Seite der Gewerkschaft stellen, vertrat die KPD die Position der FDJ. Im Juni 1949 bedrängten die Falken die Gewerkschaften einen Bruch mit der FDJ zu vollziehen, nachdem Vorname Westphal in der sowj. Zone verhaftet wurde (wegen Verteilung illegaler Flugschriften) und die FDJ die Verhaftung für rechtens hielt.

Zum endgültigen Bruch kam es durch den FDJ-Aufruf zum Deutschlandtreffen im Februar 1950. Die Gewerkschaftsjugend unterstützte den Aufruf, jedoch der DGB-Bundesvorstandes untersagt ihren Mitglieder die Teilnahme am Deutschlandtreffen. Diese Auseinandersetzung führte auch zum Ausschluss der FDJ aus dem Landesjugendring. Weiterhin wiesen die Gewerkschaftsführungen in Hamburg an, die FDJ-Betriebsgruppen aufzulösen. Der FDJ wurde das Streben nach Monopolstellung und der Anlehnung an die DDR-FDJ vorgeworfen.

## FDJ in Schleswig-Holstein

Dort ist das Dokumentenmaterial wesentlich dürftiger als in Hamburg. Deswegen beruht vieles auf Zeugenaussagen.

## Lübeck

Ende 1945 existierten bereits 13 FDJ-Gruppen. Zwei Themen waren für die FDJ in Lübeck vordergründig: Jugendarbeitslosigkeit und Nazis in Betrieben und Verwaltungen. Die FDJ wurde in den ersten Jahren nicht zugelassen. Da gründeten die FdJ'ler die Gruppe "Neues Leben" und später "Lübecker Wandervogel". Bis zum Okt.'46 hatte sich 500 Jugendliche in der FDJ organisiert. Etwa ein Fünftel der FDJ-Mitglieder gingen zu den Falken.

(Maren; in Demokratische Geschichte, Bd.II)

In der britischen Zone wurden Landesverbände nicht zugelassen. Aber die FDJ hatte dort die meisten Mitglieder. 1947 gab es etwa 40.000 FDJ-Mitglieder in den Westzonen, in NRW 23.000. In Dortmund allein gab es über 5000 Mitglieder.

In der amerikanischen Zone gab es den Landesverbände Hessen und Bayern mit insgesamt 8000 Mitglieder.

## Die FDJ in der Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde die FDJ 1946 von den amerikanischen Militärbehörden nicht zugelassen, mit der Begründung, eine FDJ gäbe es schon in der sowjetischen Zone. So kam es zur Gründung des "Schwäbische Volksjugend - Freie Deutsche Jugendbewegung", als einheitliche, demokratische Jugendorganisation. Sie trat von Anfang an für ein jugendpolitisches Mandat ein. Sie wurde zeitweise verboten, benannte sich im Frühjahr 1947 in "Freie Jugendgemeinschaft" (FJ) um und trat erneut in die Öffentlichkeit.

Der FDJ-Landesverband Nord-Württemberg-Baden wurde auf der 3.Landesjugendtagung "Schwäbische Volksjugend - Freie Deutsche Jugendbewegung", November 1948, gewählt. Vorsitzender wurde Wolf Weitbrecht. Er war der einzige Westdelegierte der FDJ zu den II. Weltfestspielen in Budapest 1949. Im Herbst 1950 erhielt Wolf Berufsverbot als Arzt in Stuttgart. Er wurde nach Berlin entsandt als Betriebsarzt im FDJ-Zentralrat und verblieb in der DDR.

Der FDJ-Landesverband Nord-Württemberg-Baden hatte 600-700 Mitglieder auf 1.2 Mio. Einwohner. In Mannheim, Stuttgart, Ulm und Heilbronn besaß die FDJ starke Bastionen, ihre Wirkung unter der Arbeiterjugend beachtlich. In der Schule konnte die FDJ sich nicht verankern, aufgrund der antikommunistischen Hetz der alten Nazi-Lehrer.

Nachdem die FDJ in Nordwürttemberg 1950 aus dem Landesjugendring ausgeschlossen wurde, würdigte dessen Geschäftsführer ausdrücklich diese jugendpolitische Tätigkeit der FDJ.

Mai 1946 konnte die FDJ in Südbaden (Offenburg) gegründet werden. Sie musste ihren Namen kurze Zeit später auf "Freie Demokratische Jugend" umbenennen, weil für alle Organisationen der Name "deutsch" verboten war. Sie proklamiert feierlich im Juni 1946 die vier Grundrechte der jungen Generation. Die vier Grundrechte wurden später auch von Baden-Württemberg übernommen. Im Zuge der sich verschärfenden soziale Lage auch der Jugendlichen, rückten zeitweise pragmatischere Forderungen in den Vordergrund. 1948 gab es 3400 Mitglieder der FDJ in Baden-Württemberg.

## Landesverband Hessen

In Hessen wurde der Landesverband am 14.2.47 offiziell zugelassen. Der Frankfurter OB, Walther Kolb, hielt eine Begrüßungsrede. Die FDJ Hessen hatte ihren Sitz in Frankfurt in der Mainzer Landstraße 16. Auf der I. Landeskonferenz im Jan'47 waren 100 Delegierte anwesend, die 2000 Mitglieder vertraten. Ein halbes Jahr später hatte die FDJ in Hessen 4000 Mitglieder, in 140 Gruppen und war in 38 von 48 Kreisen vertreten. 12 Kreise hatten einen hauptamtlichen Vertreter.

## Ihre Forderungen:

- 24 Tage gesetzlich verankerter Urlaub für Jugendliche unter 18 Jahre
- für die Verwirklichung des Art. 35 d. Hess. Verf. -> Aufbau der Sozialversicherungspflicht
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Erhöhung der Lehrlingsvergütung um 100 %
- gegen den Schulgebet-Erlass
- für die Freigabe des HJ-Vermögens
- Fahrpreisvergünstigungen für Jugendliche

In Hessen gab es ein Mitteilungsblatt für die FDJ-Mitglieder mit einer Auflage von 2500 und erschien monatlich. Es diente zur politischen Anleitung der FDJ-Mitglieder in Hessen.

### FDJ-Frankfurt

Im Mai 1945 wurden Antifas gebildet. Sie setzten sich aus verschiedenen politischen Strömungen zusammen und machten sich zur Aufgabe die HJ'ler zur Beseitigung der Kriegsschäden heranzuziehen. Wolfgang Breckheimer verbreitete einen Gründungsauf Ruf zur Bildung einer Antifa im Riederwald. Diese Gruppe hatte zeitweise 100 Mitglieder und war einer der Aktivsten in Frankfurt. Später hat sich die Gruppe gespalten, die nationalistische Strömung trat aus und bildete eine Gruppe der BDJ. In Frankfurt gab es 13 FDJ-Stadtteilgruppen. Es gab eine Betriebsgruppe bei Schuh-Schneider und eine FDJ-Zeitung für die Farbwerke und Opel. 1948 mauerte die FDJ in Frankfurt die Sprengschächte zu. Im Kampf gegen die Remilitarisierung verbrannte die FDJ auf der Konstabler Wache die Gestellungsbefehle, sowie sammeln von Unterschriften für den Stockholmer Appell (er richtete sich gegen die atomare Bewaffnung in Europa).

-----

Die FDJ in Westdeutschland kämpfte von Anfang an für die Einhaltung des Potsdamer Abkommen gegen einen westdeutschen Separatstaat und für einen zentralen gesamtdeutschen Jugendverband, zusammen mit der FDJ in der sowjetischen Zone. Dieser Kampf wurde in den Jahren 1948-50 zum Hauptkampf der FDJ.

### Der Kampf um den gesamtdeutschen FDJ-Verband

13.10.1946 kam es in Meißen, aufgrund des Vorschlages des FDJ-ZR, zu einem Aufruf im ganzen Land sich zu Jugendringe zusammenzuschließen.

Auf dem II. Parlament der FDJ, Mai'47, wurde beschlossen einen gesamtdeutschen Jugendring zu bilden. Am 4./5. Nov 1947 gab es dazu ein Treffen der verschiedenen Jugendverbände aller vier Zonen im Haus Altenberg im Bez. Köln. Vertreten war Kath., ev., FDJ, Sport, Falken und Bündische Jugend. Nicht eingeladen waren die reaktionär-liberale Jugendverbände. Sie bildeten 1950 den Ring Politischer Jugend. Nur die Vertreter der Bündischen Jugend und die Sportjugend sprachen sich für den Vorschlag der FDJ: Gründung eines gesamtdeutschen Jugendrings, aus. Die anderen sozialdemokratischen und christlichen Jugendverbände lehnten den Zusammenschluss ab, mit der Begründung: in der Ostzone besteht keine freie politische Betätigung der Jugend und die Verbindung der FDJ zur SED als kommunistische Partei sowjetisch Ausrichtung.

Der Bayrische Landesverband der Jugendringe sprach sich als erster für Bildung eines gesamtdeutschen Jugendringes (zusammen mit der FDJ) aus.

(siehe Westarb. d. FDJ S.45ff)

Die FDJ wurde zu den I. Weltfestspiele in Prag 1947 nicht zugelassen, weil als keine gesamtdeutsche Jugendorganisation war.

Februar und März 1948 beantragte die FDJ bei den Alliierten die Zulassung für das gesamtdeutsche Gebiet. Der Antrag wurde von den drei Westalliierten abgelehnt. Stattdessen wurden Hitlerfaschisten in die Jugendführung eingesetzt.  
(s. Westarbeit d. FDJ S.67)

Am 8./9.10.49 fand die "3.Gesamtdeutsche Jugendkonferenz" in Stuttgart statt. (S.128ff)

Die FDJ hat die Einrichtung des Jugendhilfswerks unterstützt und gefördert. 1948 wollte man in NRW diese Einrichtung durch ein Reichserziehungsgesetz ersetzen.

### FDJ-Politik der KPD

In NRW wurde die Betriebsarbeit der FDJ ungenügend vom KPD-Jugendsekretariat unterstützt. Insgesamt herrschte von den FDJ-Funktionären erhebliche Kritik an der mangelnden Initiative des KPD-Jugendsekretariats für die FDJ-Arbeit.

### FDJ-Betriebsgruppenarbeit

Bei Siemens in Berlin bestand eine Betriebsgruppe von acht Mitgliedern bei 500 Lehrlingen. Sie brachte eine Betriebszeitung heraus. Insgesamt war die FDJ-Arbeit in den berliner Betrieben sehr schwach. Sie fand fast ausschließlich bei den Reichsbahnbetrieben und beim Rundfunk statt.

### Schulungsarbeit der FDJ

Die zentrale Jugendhochschule der FDJ der DDR war am Bogensee bei Bernau 22. Mai 1946 eröffnet worden. Sie trug später den Name "Wilhelm Pieck". Sie wurde auch für zentrale Schulungen der FDJ aus der BRD genutzt.

1950/51 galt die Schule in Hirsau (Schwarzwald) als zentrale Bildungseinrichtung der FDJ in der BRD. Schulungsleiter war H. Mies + drei Lehrkräfte.

### Presseorgane der FDJ

- "Freie Jugend", ab Mai 1949; Auflage 18.000, hrg. Helmut Heins erstmals eine zoneübergreifende Zeitung der FDJ. Sie gab es in allen Westzonen. Sie wurde Ende 1949 in "Junges Deutschland" umbenannt.

- "Junges Deutschland", Organ des ZB, Chefredakteur, H. Weber, W. Seiffert. Sie erschien ab Frühjahr 1950 mit einer Auflage von 30.000, als Wochenzeitung, Umfang: 8 Seiten

- "Der Pfeil" illegale FDJ-Zeitung, erschien seit 1952?

- "Signal" Monatszeitschrift der FDJ-Westberlin (50er Jahre)

### Bildung des FDJ-Zentralbüro

Seit 1949 wurde verstärkt versucht die FDJ-Arbeit zu zentralisieren. Es wurde im Oktober 1949 ein Zentralbüro (ZB) der FDJ eingerichtet, dessen Aufgabe war es, die Zulassung als gesamtdeutscher Jugendverband durchzusetzen. Das ZB sollte bestehen bleiben bis Deutschland wieder vereint und gesamtdeutsche Zulassung der FDJ erfolgt ist.

In Frankfurt war auch das Verbindungsbüro der FDJ. Helmut Heins von Hamburg war der zuständige Sekretär. Er war auch der Chefredakteur der illegalen FDJ Zeitung "Der Pfeil", die ab 1951 erschien.

Februar 1950 hat die FDJ eine Aktionskonferenz gemeinsam mit Falken, Naturfreunde, der konfessionellen Jugend und jungen Gewerkschaftern in Essen zur "Ersten Funktionärskonferenz der FDJ-Westdeutschland" aufgerufen. Sie beschloß nach langer Diskussion ein Aktionsprogramm, dass als Grundlage der weiteren Arbeit der FDJ diene.

### Kampf der FDJ gegen die Remilitarisierung

In den Jahren galt dem Hauptkampf gegen die Remilitarisierung.

Pläne zur Restaurierung der Wehrmacht geschahen schon während des II. Weltkriegs und nahm mit dem Kriegsende kein Abbruch. Sie liefen im geheimen weiter. Bis Sommer 1950 leugnete Adenauer gegenüber der Öffentlichkeit die Pläne der Wiederaufrüstung und Restaurierung der Wehrmacht.

Als Adenauer im Sommer 1950 offiziell die Bildung einer 150.000 Mann starken Freiwilligenarmee ankündigte, löste dies eine antimilitaristische Protestbewegung hervor. 100.000 gingen auf die Straße gegen die Remilitarisierung oder Pfiffen Regierungsvertreter aus, die das Vorhaben der Adenauers verteidigten. So bekam z. B. der damalige Bundespräsident Theodor Heuss im September 1950 auf dem Jugendtag der IG Bergbau und Energie unter 25.000 Jugendliche eine Abfuhr mit den Sprechchören: „Wir wollen keine Soldaten sein – Theodor, geh du allein!“

Aufgrund der sich bundesweit verschärfenden und massiven Protest gegen die Remilitarisierung erließ die Adenauer-Regierung am 19. September 1950 ein Gesetz, wonach Angehörige des öffentlichen Dienstes, die Mitglieder der KPD, der FDJ, der VVN und andere Organisationen waren, mit Dienststrafverfahren und fristloser Entlassungen belangt werden konnte. 12 kommunistische Zeitungen wurden verboten. Gleichzeitig wurde das 132er Gesetz erlassen. Dies war die Grundlage für die beschleunigte Wiedereingliederung ehemaliger Nazibeamter in den bundesdeutschen Staatsdienstes.

Gegen Ende 1950 gab es grünes Licht von der NATO für eine deutsche Beteiligung in einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“

Angesichts der Beauftragung alter Nazigeneräle mit dem Aufbau einer neuen Wehrmacht in Westdeutschland gründete sich am 14. April 1951 ein Hauptausschuss zur Befragung des Volkes zur Remilitarisierung. Überall wurden Ausschüsse eingerichtet – sie erreichten schnelle Erfolge. Auch sie wurde verboten. Der Hauptausschuss der Volksbefragung registrierte 8.761 Polizeieinsätze und 7331 Helfer wurden verhaftet.

Schon 24. April 1951 wurde die Volksbefragung von der Adenauer-Regierung verboten als „Glieder einer planmäßigen Aktion, die den aktiven Widerstand gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes und deren Beseitigung zum Ziel hat“. Trotz Verfolgung und Gefängnisstrafen wird die Volksbefragung weiter durchgeführt. Im März 1952 gibt der Ausschuss bekannt: 9119667 Bürger stimmten gegen die Remilitarisierung!

Am 11. Juni 1951 erließ die BRD das sogen. Blitzgesetz, mit dem jede Kritik an der Politik der Bonner Regierung, jeder Streik als Vorbereitung zum Landes- und Hochverrat bestraft werden konnte mit der Begründung, es liege die Absicht vor „den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen“. Das Blitzgesetz glich praktisch dem Schutzhaftgesetz von 1933, nachdem willkürlich Personen festgenommen wurden, die in dem Verdacht standen gegen den Hitlerfaschismus zu sein. Dieses Gesetz war auch die Grundlage für das Verbot der FDJ, später der KPD und andere demokratische Organisationen. Es kam regelmäßig zu Verboten von Friedensaktivitäten kaum eine Aktion wurde von den Behörden genehmigt. Doch die Jugend ließ sich nicht strafrechtlichen Verfolgungen und Gefängnisstrafen abhalten. Im Zuge der Friedenskämpfe sind die Aktivitäten auf Helgoland zu erwähnen. Die britische Armee wollte 1951 die Insel Helgoland als Testgebiet für ihre Bomben nutzen. Dies beantwortete die friedensbewegte Jugend der FDJ, Falken, Naturfreunde und andere Organisationen mit der Besetzung Insel. Die mutigen Jugendlichen wurden von der deutschen Polizei festgenommen und inhaftiert. Das war ein Ansporn für die nächsten Jugendlichen die Insel sofort wieder zu besetzen – auch sie wurden inhaftiert. Dies geschah im Zeitraum von mehr als einem Jahr fünfmal bis im März 1952 die britische Armee ihre Bombardierungen einstellte.

Im Frühjahr 1952 verstärkten sich die Proteste gegen die Restaurierung der Wehrmacht. Diese sollte mit dem Deutschlandvertrag (auch als Generalvertrag bekannt) besiegelt werden. Die Jugend mobilisierte BRD weit voll für die zentrale „Friedenskarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ in Essen am 11. Mai 1952. Am Tag zuvor wurde die Demonstration aus fadenscheinigen Gründen verboten. Es war eine reine Provokation des Adenauerstaates. Massiv, bewaffnete Polizei wurde am 11. Mai in Essen aufgezo-gen. Die Demonstration blieb verboten. 30.000 Friedenskämpfer waren nach Essen angereist. Die Polizei schlug wahllos und brutal auf die Jugendlichen ein. Es entwickelten sich bürgerkriegsähnliche Zustände. 283 Kriegsgegner wurden festgenommen. Durch den Schusswaffeneinsatz der Polizei wurden 3 Demonstranten

getroffen, einer davon tödlich. Dies war Phillip Müller, 21 Jahre, seit 1948 Mitglied der FDJ. Er wurde von hinten mit zwei Kugeln von der Polizei erschossen. Als ihn die Polizei wie ein Stück Vieh in einem Wagen schmiss, lebt er noch, auf dem Weg ins Krankenhaus starb Phillip Müller. Es gab nie einen Prozess gegen seine Mörder. Eine Anzeige der Mutter wurde zurückgewiesen. Die Polizisten hätten in Notwehr gehandelt – so das Dortmunder Landgericht in seinem Urteil am 2. Oktober 1952. Die Ereignisse am 11. Mai wurden nie öffentlich aufgearbeitet, weder verantwortliche Behörden noch Täter wurden bis heute zur Rechenschaft gezogen.

Phillip Müller war Organisator und Propagandist der FDJ in München und war in der großen Ausbildungswerkstatt der Deutschen Bundesbahn Jugendvertreter. Er war das erste Opfer brutaler Polizeiwillkür in der BRD. Er wird bis heute geehrt. Nach seinem Namen wurden in der DDR verschiedene öffentliche Einrichtungen und Betriebe benannt, Gedichte und Arbeiterkampflieder verfasst. In München fand zu seinem 50. Todestag in einem Bündnis von Gewerkschaft und verschiedenen Jugendorganisationen eine Straßenumbenennungsaktion statt.

Letztendlich konnte die Adenauerregierung den Generalvertrag nur auf gewaltsamen Weg am 26. Mai 1952 realisieren, zur Restaurierung der Wehrmacht, die 1955 den Namen „Bundeswehr“ erhielt. Die BRD wurde 1955 in die NATO eingebunden. Der Adenauerstaat bekam die Erlaubnis für die Aufstellung einer Armee mit 500.000 Soldaten, mit schwersten Waffen, Luftstreitkräfte und eine Marineflotte.

### **Zum Verbot der FDJ**

Im September 1950 wurde in der gesamten BRD Versammlungs- und Agitationsverbot für die FDJ verhängt. Die FDJ kämpfte - trotz Verbot - legal weiter. Diese wurde mit als Grund für das Verbot angewandt.

Am 11. Juni 1951 erließ die BRD, mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz, das sogen. Blitzgesetz. Mehr als 250.000 Menschen der BRD wurden Opfer von staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren. Über 10.000 bekamen z. T. mehrjährige Haftstrafen.

Die Bundesregierung beschließt:

Die Tätigkeit der "Freien Deutschen Jugend (FDJ)" stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar. Die FDJ ist daher durch Art. 9 Abs. 2 GG kraft des Gesetzes verboten.

Drei Hauptpunkte wurde das Verbot begründet:

- Kampf gegen die Remilitarisierung
- aktive Beteiligung an der Volksbefragung zur Remilitarisierung
- Kampf für ein einheitliches friedliches demokratisches Deutschland
- Die West-FDJ ist abhängig von der FDJ in der DDR, sie gleicht sich in Programm und Ziel

Schon 1950 wurden zahlreiche Versammlungsverbote gegen die FDJ ausgesprochen, mit der Begründung der Störung der öffentlichen Ordnung und staatsgefährdende Aktionen.

Im April 1951 – 10 Tage nach ihrer Ausrufung - wird die Volksbefragung (gegen atomare Bewaffnung und für die Wiedervereinigung Deutschlands) gegen die Remilitarisierung verboten.

Trotzdem wurden bis März 1952 über 9 Mio. Unterschriften gesammelt.

Die FDJ arbeitete in der Illegalität weiter, jedoch sehr geschwächt.

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 16. Juni 1954 das FDJ-Verbot der Bundesregierung vom 26.6.1951. Die Begründung des Gerichts war mit der Bundesregierung identisch.

In der Zeit von 1950-54 wurden 425 Prozesse gegen 6429 FDJ'ler angestrengt, mit Verurteilungen von insgesamt 1012 Jahren Gefängnis. Gegen 35.189 Jugendlichen sind Ermittlungsverfahren durchgeführt worden.

- 
- Arbeit im BDP/BDJ 1975-84 um die revolutionäre Einheit der Jugend
  - 1982/83 Aufführung des Herrnburger Berichts in Essen  
Infolge der Auseinandersetzung um die Durchsetzung des Herrnburger Bericht, 63 Prozesse gegen FDJ'ler angestrebt.
  - 1984 Soldatenaufruf: "Wird mit Alarm der Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn!"
  - Gründung der "Initiativen zur Vereinigung der revolutionären Jugend" 1984 zum Kampf für die Aufhebung des Verbots der FDJ in der BRD
  - Besetzung des CSU-Büro gegen den Einfall in Leipzig Januar 1990
  - Eintritt der Mitglieder der "Initiativen zur Vereinigung der revolutionären Jugend" in die FDJ auf dem Bundeskongress der FDJ 1995 in Berlin
  - Hauptlinie der FDJ: Kampf gegen die Annexion, gegen den staatlich organisierten Rassismus und Kampf gegen Kriegsgefahr von deutschem Boden, Vereinigung der demokratischen revolutionären Jugendverbände

### Literatur zur Geschichte der FDJ

Siegfried Maren: zu den Anfängen der FDJ in Schleswig-Holstein und Hamburg S.285-327; in Demokratische Geschichte, Jahrbuch z. Arb. Bew. Schl.-Holst. Band II; DB-Sign.: DZs 87/219

Schriftenreihe zur Geschichte der FDJ

Beiträge zur Geschichte der FDJ Heft 1-8; DB-Sign.:

H.Schlüter: Arbeiterjugbew.; zur FDJ-Hamburg S.155-171; Uni-> 8591417

Zwerschke: Geschichte Jugendverbände vor 1933; DB -> D63/9792

Deutsche Jugend; Heft 11/88

Fleischhacker: Das war unser Leben (FDJ in GB); DB -> 1996 A 63261

FDJ im Ausland; Uni-> W/2143 (auf Mikrofisch)

Benser, KPD-Protokolle 1945/46, in 6 Bänden; Uni-> HB 313?

-----  
U.Sander: Rechtsum b. d. Bundeswehr; Uni-> 12.991.61

FAZ: DB -> DMTZ 100 ; Uni->

FR:

die Zeit DB -> DZt 34

der Spiegel: DB -> Dzb 540; HM 19

Deutschlandarchiv; Uni-> HM 19 C 55; Zs 8973

Europaarchiv; Uni-> HB 19 Ta 15; Zsq 587

Parlamentsfragen: Uni-> HM 19

Papenfuß: (BRD-)Behandlung der völkerr. Vertr. d. DDR; Uni-> 1284410

DDR-Verfassungen (mit Grundlagen); Uni -> 8425488

Völkerrecht; Uni -> E 1905

Verhältnis BRD zu Osteuropa (völkerrechtl. betrachtet) Uni -> 1259753

Schäuble: Der Vertrag; Uni -> 1243485

Heuer: DDR Rechtsstaat - eine Legende? (89/90); Uni -> 1253056